



## **Begründung zum Zeugnis**

für die Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen

geboren am 22.06.2005

Schuljahr 2007/2008

### **Hinweise zum Arbeits- und Sozialverhalten:**

Die Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen hat im vergangenen Schuljahr die Schul- und Bildungspolitik wieder zum Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht.

Vorhandene wissenschaftliche Erkenntnisse aus der Bildungsforschung wandte sie dabei nicht sicher und konsequent an. In der Reformplanung und in der Durchführung zeigte sie sich mitunter entscheidungsunsicher und ohne den gebotenen Weitblick.

Die Regeln des Miteinanders mit Partnern/innen innerhalb und außerhalb des Schulsystems sowie im parlamentarischen System hielt sie selten ein. Das Mittel der Selbstreflexion wurde gelegentlich nach entsprechender Hilfestellung angewendet.

Die Landesregierung setzt in der Vermittlung ihrer Politik ausschließlich auf Öffentlichkeitsarbeit. Die Kommunikation mit Partnern/innen im System zur Vorbereitung und meinungsbildnerischen Absicherung der Reformvorhaben ist deutlich ausbaufähig. Gleiches gilt für die Vermittlung der Politik an die davon Betroffenen. In der Informationsweitergabe an Aufsichtsbehörden, Schule und Kollegien zeigte sich die Landesregierung unsicher.

Schüler/innen wurden als notwendige Ansprechpartner/innen von Politikvermittlung nicht wahrgenommen und somit eine ansatzweise Herstellung von Augenhöhe völlig unterlassen.

### **Aussagen über die Lernentwicklung und den Leistungsstand in den Fächern:**

Inhalt der Reformen:

Mit der Reform der gymnasialen Unter- und Oberstufe und mit der Einführung des Zentralabiturs wurde bereits im vergangenen Schuljahr begonnen, sie zeigte aber immer noch inhaltliche Schwachstellen. Bei der Überarbeitung der Lehrpläne hinsichtlich der fachspezifischen Stoffauswahl negierte die Landesregierung die Einbindung

Außenstehender. Auf die Verankerung des Lebensweltbezugs verzichtete sie ebenfalls.

Die auf den Weg gebrachten Reformen bedingen auch die Überarbeitung der Lehreraus- und Fortbildung, was seitens der Landesregierung erkannt und in ersten kleineren Schritten umgesetzt wurde. Die ebenfalls notwendige Reform von Methodik und Didaktik steht hingegen noch aus.

Die Flexibilisierung der Schuleingangsphase sowie die erweiterte Selbstständigkeit von Schule wurden weiter fortgeführt und zeigen vor allem in der individuellen Förderung von Schüler/innen sehr gute Ergebnisse. Eine Ausdehnung der Flexibilisierung über die Schuleingangsphase hinaus wird empfohlen.

Mit der Qualitätsanalyse wurde ein Instrumentarium entwickelt, das Schulen äußerst differenziert, potentialorientiert und konstruktiv Rückmeldung zur eigenen Arbeit ermöglicht.



#### Praxistauglichkeit von Reformen:

Dem hohen Reformtempo und der Vielzahl parallel laufender Reformstränge sind Qualitätsmängel vor allem in der Praxistauglichkeit geschuldet. Die Umsetzungsrichtlinien waren teils wenig sachgerecht und ordentlich. Der den Schulen zugewilligte Spielraum in der Umsetzung führte eher zu Verwirrung denn zu konsequenter Reformorganisation. Insgesamt erwies sich die gewählte Stoffdichte als zu hoch, was zu Überforderungssituationen bei Kollegien, Schüler/innen und Eltern führte. Die zur Bewältigung des Pensums notwendige Selbstorganisation kann bei Schüler/innen dieses Alters nicht als gegeben vorausgesetzt werden. Anregungen und Bedenken gegenüber zeigte sich die Landesregierung häufig uninteressiert. Hinweise aus der Umsetzungspraxis fanden in der Regel nur auf entsprechenden öffentlichen Druck Gehör.

#### Ganzttag:

Der Ausbau der Offenen Ganztagschule wurde weiter fortgesetzt. Die Landesregierung nutzte auch im vergangenen Schuljahr den Ganzttag als politische Antwort auf sich verändernde Rahmenbedingungen in der Arbeitswelt, bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und somit auf gestiegene Betreuungsbedarfe. In der politischen Diskussion zeigte sich die Landesregierung gelegentlich den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen gegenüber aufgeschlossen. Hier lässt sich jedoch noch Steigerungsbedarf erkennen. Durch G8 verlagerte sich der Unterricht am Gymnasium weiter in den Nachmittag ohne dass die Landesregierung vorher schlüssige Konzepte für diese Situation hätte vorlegen können. Grundsätzlich führt der Ausbau des Ganztags für alle Schulformen zum Verlust von Lebenswelt bei Schüler/innen. Vor diesem Hintergrund zeigte sich die Kooperationslandschaft mit außerschulischen Bildungsträgern im Ganzttag weiterhin zu wenig auf die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen zugeschnitten.

#### Lebensweltansatz:

Durch den Ausbau des Ganztags schränkte die Landesregierung die Möglichkeit für Schüler/innen weiter ein, außerhalb von Schule zu leben, zu lernen und sich zu entwickeln. Gleichzeitig waren lebensweltliche Bezüge im Lernstoff und in den Curricula immer noch unterentwickelt. Die Landesregierung konnte die Aufgabe, mehr Lebensweltbezug durch die Öffnung von Schule für außerschulische Bildungsträger und die Verlagerung von Lernorten zu implementieren, nicht lösen.

#### Unterrichtsversorgung:

Auch in diesem Schuljahr konnte die Landesregierung die Unterrichtsversorgung durch strukturelle Vorgaben und durch genügend und zügige Neueinstellungen von Lehrpersonal wieder sicherstellen. Die Landesregierung hat Schulen konsequent in die Lage versetzt, ihr Personal fächerscharf einzustellen. Die Versorgung in Mangelfächern bleibt als Herausforderung für das kommende Schuljahr bestehen.

#### Nachhaltige Konzepte:

Mit der Einführung individueller Förderkonzepte, der verbindlichen Sprachtests und der nachgelagerten Sprachförderung sowie mit dem Ausbau des GU setzte die Landesregierung auf nachhaltige Konzepte, die insgesamt mehr Chancengleichheit im Bildungssystem bewirkten. Die Lebenswelteinbindung in Kernlehrpläne stellt ein weiteres nachhaltiges



# Schule des Lebens

## Die katholischen Jugendverbände im Erzbistum Köln

Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) im Erzbistum Köln  
Steinfelder Gasse 20 – 22, 50670 Köln



Name und amtliche Bezeichnung der Schule

Instrumentarium dar, in dessen Anwendung die Landesregierung noch deutlich sicherer werden muss.

### Partizipation:

Im vergangenen Schuljahr setzte die Landesregierung mit der Abschaffung der Drittelparität ein deutliches Zeichen gegen Partizipation von Jugendlichen in ihren Schulen. Die Landesregierung hat im OGS-Erlass den Bedarf von Kindern zur Richtschnur gemacht. Gleichzeitig versäumte sie es auch in diesem Schuljahr wieder, den Teilhabeinteressen von Kindern vor Ort Ausdruck zu verleihen. Weiterhin sind es die Bedarfe von Eltern, die über den Ganzttag entscheiden und nur sehr selten wird Kindern in der OGS zugestanden, auch bei Konzepten und Inhalten mitreden zu dürfen.

Die Landesregierung versäumte es, ihre Reformen den Schüler/innen zu erläutern. Erklärungen erhielten die Kinder und Jugendlichen von ihren Eltern analog zum Interesse des Elternhauses und partiell durch Schule. Insgesamt erkannte die Landesregierung keine Notwendigkeit, z.B. über Flyer in Kontakt mit der Zielgruppe zu treten. Die angebotenen Websides und Hotlines wurden nicht ausreichend beworben und sind in der Ausgestaltung und in der Anwendung wenig altersgerecht.

### Verzahnung Bildungsinstitutionen:

Die Landesregierung hat nunmehr den Kindergarten per Gesetz nominell zur primären Bildungsinstitution gemacht und zielgerichtet die Verzahnung zum Primärbereich hergestellt. Damit hat sie die letzte Lücke zwischen den Bildungsinstitutionen geschlossen. Somit ist sichergestellt, dass Schüler/innen in allen Schnittstellenbereichen, Kindergarten, Primar-, Sekundarstufe und Dualem System mit guter Vernetzung in den nächsten Bildungsbereich wechseln können. Die Umsetzung in der Praxis sollte von der Landesregierung mit entsprechenden Hinweisen weiter gefördert und das Engagement jeder einzelnen Schule an dieser Stelle deutlicher eingefordert werden.